

# Inhaltsübersicht

<b>A. Grundlagen</b> .....	21
I. Ursachen von Doppelbesteuerung und deren Vermeidung .....	21
II. Maßstäbe zur Aufteilung der Besteuerungsansprüche im OECD-MA .....	23
III. Auswirkungen des internationalen Steuerwettbewerbs auf diese Verteilungsmaßstäbe .....	37
IV. Gestaltungsmöglichkeiten bei Immobilieninvestments .....	39
V. Ausgangsbefund und Festlegung des Untersuchungsmaßstabs .....	43
VI. Sinn und Zweck von Grundbesitzklauseln am Beispiel von Art. 13 Abs. 4 MA	45
VII. Grundbesitzklauseln in anderen Musterabkommen .....	54
VIII. Gründe für die späte Aufnahme von Art. 13 Abs. 4 MA in das OECD-MA ....	57
<b>B. Tatbestand der Grundbesitzklausel im Überblick</b> .....	61
I. Wortlaut des Art. 13 Abs. 4 MA .....	61
II. Methodik der Auslegung im Abkommensrecht .....	62
III. Konkrete Auslegung der Tatbestandsmerkmale .....	93
<b>C. Grundsätzliche Rechtsfolgen der Grundbesitzklausel</b> .....	153
I. Anwendbare Methode zur Vermeidung der Doppelbesteuerung .....	153
II. Veränderung der abkommensrechtlichen Zuordnung des sonstigen Gesellschaftsvermögens .....	159
III. Auswirkungen der geänderten Aufteilung der Besteuerungsrechte auf das nationale Recht .....	163
IV. Doppelte Erfassung stiller Reserven im Belegenheitsstaat .....	189
V. Doppelbesteuerung bei mittelbarer Veräußerung .....	191
VI. Änderung der Qualifikation als Immobiliengesellschaft .....	192
<b>D. Verhältnis der Grundbesitzklausel des Art. 13 Abs. 4 MA zu anderen Regelungen</b> 196	196
I. Verhältnis zu Art. 13 MA und anderen Regelungen des MA .....	196
II. Verhältnis der Grundbesitzklausel des Art. 13 Abs. 4 MA zur nationalen Missbrauchsvermeidungsvorschrift des § 42 AO .....	197

<b>E. Qualifikationskonflikte</b> .....	205
I. Einheitlich transparente Subjektqualifikation, aber Unterschied bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise .....	205
II. Unterschiedliche Subjektqualifikation .....	207
III. Qualifikationskonflikte beim Begriff des Anteils in bilanzieller Hinsicht .....	211
IV. Unterschiedliche Bestimmung der Grundbesitzquote .....	212
<b>F. Bewertung auf Basis des Untersuchungsmaßstabs</b> .....	214
I. Einschränkung des Untersuchungsmaßstabs aufgrund der Einschränkung der Gleichbehandlung durch die Grundbesitzquote .....	215
II. Eingeschränkte Gleichbehandlung von unmittelbarem und mittelbarem unbeweglichem Vermögen durch Art. 13 Abs. 4 MA .....	216
III. Beeinträchtigung der Gleichbehandlung durch Gestaltungsmöglichkeiten .....	225
IV. Ergebnis auf Basis des Untersuchungsmaßstabs .....	227
<b>G. Völkerrechtliche Rahmenbedingungen der Ausübung grenzüberschreitender Steuerhoheit</b> .....	230
I. Genuine link als Schranke staatlicher Steuersouveränität? .....	230
II. Voraussetzungen einer hinreichend substanziellem Anknüpfung .....	231
III. Hinreichend substanziellem Anknüpfung bei Grundbesitzklauseln .....	233
<b>H. Verfassungsrechtliche Vorgaben einer Art. 13 Abs. 4 MA entsprechenden deutschen Besteuerung der Veräußerung von Immobiliengesellschaftsanteilen</b> .....	252
I. Strukturelles Vollzugsdefizit bei Einführung eines deutschen Besteuerungstatbestandes? .....	253
II. Bewertung von Anteilen im Privatvermögen im Rahmen der (erstmaligen) Verstrickung .....	270
<b>I. Änderungsvorschläge und wesentliche Ergebnisse</b> .....	294
I. Abkommensrechtliche Änderungsvorschläge .....	294
II. Nationalrechtliche Änderungsvorschläge .....	313
<b>J. Zusammenfassung der Auslegung der Tatbestandsmerkmale</b> .....	326
<b>Anhang I: Grundbesitzklauseln in unterschiedlichen Musterabkommen</b> .....	333
<b>Anhang II: Vorschläge der Platform for Collaboration on Tax</b> .....	348
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	350
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	375

# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Grundlagen</b> .....	<b>21</b>
I. Ursachen von Doppelbesteuerung und deren Vermeidung .....	21
II. Maßstäbe zur Aufteilung der Besteuerungsansprüche im OECD-MA .....	23
1. Abstrakte Maßstäbe der Aufteilung von Besteuerungsansprüchen .....	24
a) Gerechtigkeitsüberlegungen als rechtlicher Maßstab .....	25
b) Ursprung der Wertschöpfung als wirtschaftlicher Maßstab .....	29
c) Zwischenergebnis .....	30
2. Konkrete Umsetzung der Verteilungsmaßstäbe und deren Rechtfertigung ..	30
a) Belegenheitsprinzip als Grundsatz bei unbeweglichem Vermögen ..	30
b) Ansässigkeitsprinzip als Grundsatz bei Gesellschaftsanteilen .....	32
III. Auswirkungen des internationalen Steuerwettbewerbs auf diese Verteilungsmaßstäbe .....	37
IV. Gestaltungsmöglichkeiten bei Immobilieninvestments .....	39
V. Ausgangsbefund und Festlegung des Untersuchungsmaßstabs .....	43
VI. Sinn und Zweck von Grundbesitzklauseln am Beispiel von Art. 13 Abs. 4 MA ..	45
1. Art. 13 Abs. 4 MA als Spezialvorschrift zur Verhinderung von Umgehungs-gestaltungen .....	47
2. Gleichbehandlung von mittelbarem und unmittelbarem unbeweglichem Vermögen .....	48
3. (Wieder-)Herstellung zwischenstaatlicher Verteilungsgerechtigkeit .....	49
4. Interesse des Belegenheitsstaates an der Erhaltung des Steueraufkommens ..	49
5. Harmonisierungswirkung von Art. 13 Abs. 4 MA und Einschränkung des Steuerwettbewerbs .....	50
6. Vermeidung von doppelter Nichtbesteuerung als Zweck von Art. 13 Abs. 4 MA? .....	52
VII. Grundbesitzklauseln in anderen Musterabkommen .....	54
1. UN-Musterabkommen .....	55
2. US-Musterabkommen .....	56
VIII. Gründe für die späte Aufnahme von Art. 13 Abs. 4 MA in das OECD-MA ..	57

<b>B. Tatbestand der Grundbesitzklausel im Überblick</b> .....	61
I. Wortlaut des Art. 13 Abs. 4 MA .....	61
II. Methodik der Auslegung im Abkommensrecht .....	62
1. Allgemeine völkerrechtliche Kriterien der Auslegung .....	62
2. Besonderheiten bei der Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen ..	64
3. Bedeutung des innerstaatlichen Rechts für die abkommensautonome Auslegung .....	66
a) Anforderungen an den Begriff der Definition im Sinne des Art. 3 Abs. 2 MA .....	67
b) Ausdruck des nationalen Rechts mit Bedeutung innerhalb desselben ..	69
c) Bedeutung des Vorbehalts des Zusammenhangs .....	70
d) Qualifikationskonflikte bei Auslegung und Anwendung von Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung .....	72
aa) Begriff und Erscheinungsformen eines Qualifikationskonflikts .....	74
bb) Bindung des Ansässigkeitsstaates bei der Auslegung an die Auslegung des Quellenstaates? .....	79
(1) Bindung hinsichtlich der Qualifikation der Einkunftsart (objektive Qualifikationsverkettung) .....	81
(2) Bindung hinsichtlich der Qualifikation als Steuersubjekt (subjektive Qualifikationsverkettung) .....	88
cc) Zwischenergebnis .....	92
4. Festlegung des Auslegungsmaßstabs .....	93
III. Konkrete Auslegung der Tatbestandsmerkmale .....	93
1. In einem Vertragsstaat ansässige Person .....	94
a) Person und Ansässigkeit .....	94
b) Ansässigkeit von Immobilienkapitalgesellschaften trotz steuerlicher Transparenz .....	96
c) Zwischenergebnis .....	98
2. Anteil .....	98
a) Erweiterung des Kreises der erfassten Rechtsträger durch Art. 9 MLI/ OECD-MA Update 2017 .....	100
b) Mögliche Ausnahmen von dem Begriff des Anteils .....	102
3. Veräußerung .....	103
a) Abkommensautonome Auslegung .....	103
b) Ergänzende Auslegung nach dem nationalen Recht .....	105
c) Veräußerungsnahe Vorgänge .....	106
d) Ausnahmen vom Veräußerungsbegriff .....	107
4. Gewinn aus der Veräußerung .....	109

5. Gewinne, die eine Person bezieht .....	110
6. Unbewegliches Vermögen .....	111
a) Wortlaut des Art. 6 Abs. 2 MA .....	112
b) Qualifikationskonflikte bei der Bestimmung des Belegenheitsstaates ..	112
c) Bestimmung des Begriffs des unbeweglichen Vermögens nach deutschem Recht .....	114
d) Einbeziehung operativer Gesellschaften durch den derzeitigen Begriff des unbeweglichen Vermögens .....	117
e) Ausschluss operativ tätiger Gesellschaften bereits durch Auslegung? ..	122
7. Ermittlung der Grundbesitzquote .....	124
a) Bezugspunkt des Wertverhältnisses – 50 % des Wertes der Anteile? ..	125
b) Gestaltungsanfälligkeit des Wertverhältnisses .....	127
c) Anzusetzende Vermögensgegenstände .....	129
d) Ermittlung des Wertes der anzusetzenden Vermögensgegenstände .....	131
aa) Bandbreite der vertretenen Auffassungen .....	131
bb) Stellungnahme und eigene Auslegung .....	132
(1) Abkommensautonome Auslegung des Wertbegriffs .....	133
(2) Zwischenergebnis .....	136
e) Begriff des Beruhens .....	137
aa) Unmittelbares Beruhen .....	137
bb) Mittelbares Beruhen .....	137
(1) Notwendigkeit eines ausdrücklichen Verweises .....	138
(2) Methodik der Berechnung des mittelbaren Beruhens .....	139
(3) Berechnung bei anteiliger Beteiligung .....	144
(4) Zwischenergebnis .....	145
8. Zeitpunkte der Ermittlung der Grundbesitzquote .....	145
9. Tatbestandliche Anforderungen an den Sitz der Gesellschafter und die Belegenheit der Grundstücke .....	146
a) Dreiecksfälle mit Kapitalgesellschaften .....	147
b) Erfassung von Betriebsstättenfällen .....	148
aa) Lösungsvorschläge von Simontacchi .....	150
bb) Stellungnahme .....	151
<b>C. Grundsätzliche Rechtsfolgen der Grundbesitzklausel .....</b>	<b>153</b>
I. Anwendbare Methode zur Vermeidung der Doppelbesteuerung .....	153
1. Unterschiede zwischen Anrechnungs- und Freistellungsmethode .....	154
2. Zur Anwendung kommende Methode bei Art. 13 Abs. 1 und Abs. 4 MA im Vergleich zu Art. 13 Abs. 1 und Abs. 4 DE-VG .....	156

II.	Veränderung der abkommensrechtlichen Zuordnung des sonstigen Gesellschaftsvermögens .....	159
III.	Auswirkungen der geänderten Aufteilung der Besteuerungsrechte auf das nationale Recht .....	163
1.	Dogmatische Begründung einer Entstrickung nach deutschem Steuerrecht	163
2.	Differenzierung nach Verteilungsnormen .....	166
3.	a) Art. 13 Abs. 5 MA als abschließende Verteilungsnorm .....	166
4.	b) Einordnung von Art. 13 Abs. 4 MA .....	168
5.	3. Übertragung dieser Grundsätze auf deutsche Entstrickungsnormen .....	169
6.	a) Hauptsächliche Anwendung des Modells der Sofortversteuerung .....	169
7.	b) Ergebnis zur Entstrickung .....	171
8.	c) Entstrickung von Beteiligungsketten .....	172
9.	d) Ausschluss einer Entstrickung durch korrespondierende Verstrickungsregelung .....	173
10.	4. Einwände gegen die Annahme einer Entstrickung .....	173
11.	a) Passive Entstrickung .....	174
12.	b) BFH-Rechtsprechung .....	175
13.	c) Tatbestandliche Voraussetzungen der §§ 34c, 34d EStG .....	176
14.	5. Ergebnis .....	177
15.	6. Verstrickung .....	178
16.	a) Nationalrechtliche Regelungen zur Verstrickung .....	179
17.	aa) Anteile in einem ausländischen Betriebsvermögen .....	180
18.	bb) Anteile in einem ausländischen Privatvermögen .....	181
19.	cc) Auswirkungen der isolierenden Betrachtungsweise auf die Bewertung im Rahmen der Verstrickung? .....	182
20.	dd) Zwischenergebnis .....	185
21.	b) Abkommensrechtliche Regelungen zur Verstrickung .....	187
22.	IV. Doppelte Erfassung stiller Reserven im Belegenheitsstaat .....	189
23.	V. Doppelbesteuerung bei mittelbarer Veräußerung .....	191
24.	VI. Änderung der Qualifikation als Immobiliengesellschaft .....	192
25.	1. Übernahmen, Umwandlungen und Wertschwankungen .....	193
26.	2. „Ping-Pong-Spiel“ mit dem Besteuerungsrecht .....	194
	<b>D. Verhältnis der Grundbesitzklausel des Art. 13 Abs. 4 MA zu anderen Regelungen</b> .....	196
I.	I. Verhältnis zu Art. 13 MA und anderen Regelungen des MA .....	196
II.	II. Verhältnis der Grundbesitzklausel des Art. 13 Abs. 4 MA zur nationalen Missbrauchsvermeidungsvorschrift des § 42 AO .....	197

1. Verhältnis von allgemeinen zu speziellen Missbrauchsvermeidungsklauseln	199
2. Art. 13 Abs. 4 MA als abschließende Spezialregelung	203
3. Ergebnis zur Anwendbarkeit von § 42 AO	204
<b>E. Qualifikationskonflikte</b>	<b>205</b>
I. Einheitlich transparente Subjektqualifikation, aber Unterschied bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise	205
II. Unterschiedliche Subjektqualifikation	207
III. Qualifikationskonflikte beim Begriff des Anteils in bilanzieller Hinsicht	211
IV. Unterschiedliche Bestimmung der Grundbesitzquote	212
<b>F. Bewertung auf Basis des Untersuchungsmaßstabs</b>	<b>214</b>
I. Einschränkung des Untersuchungsmaßstabes aufgrund der Einschränkung der Gleichbehandlung durch die Grundbesitzquote	215
II. Eingeschränkte Gleichbehandlung von unmittelbarem und mittelbarem unbeweglichem Vermögen durch Art. 13 Abs. 4 MA	216
1. Konzeptioneller Mangel der Anknüpfung an die Anteile der Grundbesitzgesellschaft als Veräußerungsgegenstand	216
2. Entstrickung der Gesellschaftsanteile	217
3. Doppelte Erfassung derselben Veräußerung im Belegenheitsstaat	217
4. Doppelte Erfassung derselben stillen Reserven bei unterschiedlicher Art der Veräußerung	218
5. Ungleichbehandlung bei Einbeziehung operativer Gesellschaften	219
6. Ungleichbehandlung in Betriebsstättenfällen	220
7. Fehlende Erfassung von Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens	220
8. Ungleichbehandlung durch Qualifikationskonflikte	221
9. Ungleichbehandlung durch Anwendung des bilanzorientierten Ansatzes bei der Ermittlung der Grundbesitzquote	222
10. Besteuerungsrecht bei mittelbarem unbeweglichem Vermögen abhängig von Wertschwankungen	223
11. Ungleichbehandlung bei der Vermeidung der Doppelbesteuerung	224
III. Beeinträchtigung der Gleichbehandlung durch Gestaltungsmöglichkeiten	225
1. Zwischenschaltung einer Gesellschaft aus einem Staat mit DBA ohne Grundbesitzklausel	225
2. Poolung unterhalb einer Holding	226
3. Vermeidung der Erfüllung des Anteilsbegriffs	226

4. Doppelstöckige Kapitalgesellschaftsstrukturen und § 8b KStG .....	227
IV. Ergebnis auf Basis des Untersuchungsmaßstabs .....	227
<b>G. Völkerrechtliche Rahmenbedingungen der Ausübung grenzüberschreitender Steuerhoheit .....</b>	<b>230</b>
I. Genuine link als Schranke staatlicher Steuersouveränität? .....	230
II. Voraussetzungen einer hinreichend substanziellen Anknüpfung .....	231
III. Hinreichend substanzielle Anknüpfung bei Grundbesitzklauseln .....	233
1. Bestimmung und Ausgestaltung des Anknüpfungspunktes .....	233
a) Anknüpfung an das Belegenheitsprinzip? – Auslegung und Reichweite	234
b) Kombination einer unmittelbaren und einer mittelbaren Anknüpfung ..	235
c) Völkerrechtliche Zulässigkeit eines Durchgriffs .....	235
2. Grenzen der Anknüpfung .....	237
a) Problematik der Bewertung einer rein schuldrechtlichen Beziehung ..	238
b) Folgerungen aus der eingeschränkten nutzentheoretischen Rechtfertigung .....	242
c) Zwischenergebnis – Einführung eines Schwellenwertes .....	243
d) Problematik der Festlegung eines Schwellenwertes .....	243
aa) Vergleich mit RETT-Blocker-Strukturen (§ 1 Abs. 3, 3a GrESTG) ..	244
bb) Vergleich mit der erweitert beschränkten Steuerpflicht gemäß § 2 AStG .....	245
cc) Vergleich mit Beteiligungen im Sinne des § 7 AStG a.F. (§ 7 Abs. 6, 6a und Abs. 8 AStG a.F.) .....	246
dd) Orientierung an den Aufteilungsprinzipien hinsichtlich der Besteuerungsansprüche .....	246
ee) Tz. 28.10 MK zu Art. 13 MA .....	247
ff) Art. 13 Abs. 1 S. 2 DBA SWE – D 1992 und Art. 13 Abs. 4 DBA CAN – D 2001 .....	247
gg) Art. 13 Abs. 2 DBA NL – D 2012 .....	248
hh) Vergleich mit dem Betriebsstättenerfordernis des Art. 7 MA und Art. 10 MA .....	248
ii) Zwischenergebnis .....	249
e) Konflikt einer 10%-Schwelle mit § 11 Abs. 4 REITG? .....	250
3. Ergebnis .....	251
<b>H. Verfassungsrechtliche Vorgaben einer Art. 13 Abs. 4 MA entsprechenden deutschen Besteuerung der Veräußerung von Immobiliengesellschaftsanteilen .....</b>	<b>252</b>
I. Strukturelles Vollzugsdefizit bei Einführung eines deutschen Besteuerungstatbestandes? .....	253

1. Voraussetzungen eines strukturellen Vollzugsdefizits .....	254
a) Ungleichheit im Belastungserfolg .....	255
b) Ungleichheit beruht auf Mängeln der Erhebungsregelung .....	255
c) Mängel der Erhebungsregelung sind dem Gesetzgeber zuzurechnen ..	256
d) Fehlende verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Ungleichbehandlung ..	257
2. Beurteilung im Rahmen von Art. 13 Abs. 4 MA .....	258
a) Ungleichheit im Belastungserfolg .....	258
b) Ungleichheit beruht auf Mängeln der Erhebungsregelung .....	259
aa) Sachverhaltsaufklärungs- und Kontrollmöglichkeiten nach dem na- tionalen Recht .....	260
bb) Sachverhaltsaufklärungs- und Kontrollmöglichkeiten im Rahmen der zwischenstaatlichen Koordination .....	262
(1) EU-Amtshilferichtlinie .....	263
(2) Auskunftsklauseln in DBA .....	264
(3) Multilaterales Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen .....	267
cc) Zwischenergebnis .....	268
c) Mängel der Erhebungsregelung sind dem Gesetzgeber zuzurechnen ..	269
d) Fehlende verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Ungleichbehandlung ..	269
e) Ergebnis .....	269
II. Bewertung von Anteilen im Privatvermögen im Rahmen der (erstmaligen) Ver- strickung .....	270
1. Verfassungsrechtliche Grundsätze des Vertrauensschutzes .....	271
2. Übertragung dieser Grundsätze auf DBA .....	275
3. Zulässigkeit der tatbestandlichen Rückanknüpfung .....	278
a) Bereits bestehende beschränkte Steuerpflicht bei Beteiligungen im Sinne des § 17 EStG an Gesellschaften mit Sitz im Inland .....	283
b) Neuregelung eines Tatbestandes der beschränkten Steuerpflicht bei Ver- äußerung von Beteiligungen an Gesellschaften mit Sitz im Ausland ..	288
4. Verstrickung mit dem gemeinen Wert im Zeitpunkt des Beschlusses des Bundestages über das entsprechende Gesetz .....	290
<b>I. Änderungsvorschläge und wesentliche Ergebnisse .....</b>	<b>294</b>
I. Abkommensrechtliche Änderungsvorschläge .....	294
1. Alternative Regelungsansätze .....	295
a) Übertragung des Konzepts des Nutzungsberechtigten .....	295
b) Erhöhung der Schwelle .....	296
c) Fiktion der Grundstücksveräußerung anhand eines auf das unbewegliche Vermögen begrenzten Transparenzprinzips .....	297

d) Beibehaltung der Anknüpfung an die Anteile und Beschränkung des Besteuerungsrechts auf die Höhe der Grundbesitzquote .....	300
2. Regelungen zur Behandlung eines Entstrickungsgewinns und Aufnahme einer korrespondierenden Verstrickungsregel .....	301
3. Einführung einer Mindestbeteiligungsschwelle .....	303
4. Abkommensautonome Bestimmung des Begriffs des unbeweglichen Vermögens .....	304
5. Konkretisierung des anzusetzenden Grundstückswerts .....	306
6. Konkretisierung des Anteilsbegriffs .....	306
7. Bezugnahme auf das Aktivvermögen der Gesellschaft .....	307
8. Vereinheitlichung der anzuwendenden Methode der Vermeidung von Doppelbesteuerung .....	307
9. Erstreckung auf Anteile des Umlaufvermögens .....	308
10. Verknüpfung der Wertschöpfungsebenen durch Buchwertaufstockung ....	308
11. Einführung eines Veräußerungszeitraums statt eines Veräußerungsstichtages .....	309
12. Einführung einer Grundbesitzklausel bei laufender Besteuerung .....	310
13. Verfahrensrechtlich flankierende Maßnahmen .....	310
a) Korrektur falscher Wertansätze .....	310
b) Vereinbarung eines Informationsaustausches hinsichtlich veräußerter Anteile .....	310
14. Zusammenfassender Formulierungsvorschlag .....	311
a) Fiktion der Grundstücksveräußerung anhand eines auf das unbewegliche Vermögen begrenzten Transparenzprinzips .....	311
b) Beibehaltung der Anknüpfung an die Anteile und Beschränkung des Besteuerungsrechts auf die Höhe der Grundbesitzquote .....	311
II. Nationalrechtliche Änderungsvorschläge .....	313
1. Ergänzung von § 49 Abs. 1 EStG .....	314
a) Vorschläge der Platform for Collaboration on Tax .....	314
b) Vorschlag des Bundesrates 2016 .....	316
c) Vorschlag eines Besteuerungstatbestandes § 49 Abs. 1 Nr. 2 lit. f) S. 3 n. F. EStG .....	318
d) Bewertung der Neuregelung in der Fassung des JStG 2018 .....	319
aa) Zur Ermittlung der Grundbesitzquote anzusetzende Gegenstände ..	320
bb) Ansatz von Buchwerten zur Ermittlung der Grundbesitzquote ....	321
cc) Zurechnung im Zeitpunkt des Überschreitens der Grundbesitzquote	322

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>19</b>
dd) Ort der Regelung .....	323
ee) Art der Steuererhebung .....	323
2. Abstimmung von § 34d EStG auf abkommensrechtliche Grundbesitz-klauseln .....	323
<b>J. Zusammenfassung der Auslegung der Tatbestandsmerkmale</b> .....	<b>326</b>
<b>Anhang I: Grundbesitzklauseln in unterschiedlichen Musterabkommen</b> .....	<b>333</b>
<b>Anhang II: Vorschläge der Platform for Collaboration on Tax</b> .....	<b>348</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>350</b>
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	<b>375</b>